Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 1spaltige Text-Millimeterzeile (60 mm breit) 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nachweisungs-Gebühr:

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 8 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 10. Januar 1934

Der Rettungsweg der Landwirtschaft

Selbstverständlich hat jede Wirtschaftskrise nicht etwa eine einzige, sondern eine Unzahl von Ursachen, und diese Zahl der Gründe vervielfacht sich noch, wenn es sich dabei um die erste große Weltwirtschaftskrise handelt wie jetzt. Aber trotz der weitgehenden Industrialisierung dieser Welt ist es mehr als nur ein instinktives Gefühl, wenn sich der Kampf gegen die Krise nun auch in den „Industriestaaten" zunächst einmal gerade und vor allem auf eine Sanierung der Landwirtschaft richtet, weil man obendrein auch weiß, daß die Agrarproduktion und -politik einer der entscheidensten Ausgangspunkte dieser Krise gewesen ist. Gewiß nur einer dieser Ausgangspunkte, aber doch ein solcher von besonderer Wichtigkeit!

Am Ende des Jahres, in dem auch in Deutschland nach vorhergehenden langen, aber mit vielfach untauglichen Mitteln geführten Kampf gegen die Agrarkrise die radikale und entscheidende Umstellung der gesamten Agrarpolitik erfolgte, darf als Ergebnis dieses Ringens die offiziöse Feststellung verzeichnet werden: „Die Lage und die Produktionsbedingungen der deutschen Landwirtschaft haben sich im Laufe des Jahres 1933 entscheidend gebessert; die Aussichten sind an der Jahreswende durchaus günstig." Und dieses Urteil konnte ausgesprochen werden, obwohl erst an der Jahreswende 1932/33 die Preisverhältnisse der einzelnen Agrarprodukte zueinander derart verwirrt waren, daß die Selbstversorgungsmöglichkeiten mit diesen Erzeugnissen völlig erschöpft, z. T. sogar schon durch Übererzeugung überschritten waren. Einer Rekordernte in Getreide stand die schwachgewordene Kaufkraft der Konsumentenmassen gegenüber und ebenso hatten die Preise für Vieh, Fleisch und tierische Produkte einen katastrophalen Tiefstand erreicht, der kaum noch unterboten werden konnte. Die immer geringer werdenden Verkaufserlöse genügten nicht, um allein die steuerlichen und Zinsverpflichtungen zu erfüllen, und die deutsche Landwirtschaft war praktisch zahlungsunfähig geworden; die Preisentwicklung nach unten rannte alle verzweifelt eingesetzten Gegenmaßnahmen über den Haufen.

Wenn die Verkaufserlöse für Vieh und tierische Produkte aller Art in der Zeit von 1928/29 bis 1932/33 schätzungsweise von 6,4 Milliarden auf 3,9 Milliarden Mark, die für Feldfrüchte von 3,8 Milliarden auf 2,6 Milliarden Mark zurückgingen — hier also um rund 30, dort aber um über 40 Prozent —, so ist dabei vor allem nicht zu vergessen, daß die deutsche Landwirtschaft in der Zeit von 1924—1933 ihre Getreideerzeugung mengenmäßig um 25 Prozent gesteigert hat; beim Weizen war dieses Mehr noch bedeutend größer, so daß es im letzten Wirtschaftsjahr gelang, den Weizenbedarf des deutschen Volkes zum allerersten Male voll zu decken und damit den Bedarf an Brotgetreide überhaupt.

Gewiß hat auch das Jahr 1932/33 eine Rekordernte aufgewiesen, — aber was wäre aus ihrer Verwertung, die der Bauer für den Schweiß und die Sorgen seiner Jahresarbeit erwarten könne, denn nun wirklich geworden, wenn nicht die nationalsozialistische Agrarpolitik energisch eingegriffen und im Reichsnährstandsgesetz durch die Einführung der Mindestpreise den Getreidemarkt vor neuen Erschütterungen bewahrt hätte! Aber — und dadurch unterscheidet sich dieser Schritt vom 13. September 1933 wesentlich von all den agrarpolitischen Bemühungen der anderen Länder — die eigentlichen Gründe dafür waren solche staats-, bevölkerungs- und rassenpolitischer Natur und die allmählich herbeizuführende Sanierung der Landwirtschaft ist nur Mittel zum Zweck, ist allerdings auch gleichzeitig in den Dienst der Aufgabe gestellt, den Ernährungsbedarf des deutschen Volkes aus einheimischer Erzeugung zu decken. Und schon durch die Ernte 1932/33 konnten 90 Prozent aller Nahrungsmittel im Inlande erzeugt werden gegen 87 Prozent im Vorjahre. Wenn man freilich die der Nahrung dienenden nicht lebensnotwendigen Agrarprodukte hinzurechnet, dann sinkt diese Verhältniszahl auf 80 Prozent; die Differenz wird durch den Lebensmittelimport hereingebracht.

Aber die durch Absatzausdehnung und Preiserhöhungen erzielte Steigerung der Verkaufserlöse, auch die Gesundung der Preisverhältnisse zwischen den einzelnen Agrarprodukten hätte nicht genügt, die Arbeit des deutschen Bauern wieder rentabel zu machen oder sie doch wenigstens diesem Ziel entgegenzuführen, wenn nicht die nationalsozialistische Agrarpolitik energisch die Kostenseite der landwirtschaftlichen Erzeugung angepackt hätte. Die Ermäßigung der Steuerlastenfestsetzung der Umsatzsteuer einheitlich auf ein Prozent, starke Senkung der Grundsteuer, Erleichterung der preußischen Schlachtsteuer, Herausnahme der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer aus der Arbeitslosenversicherung usw. — wurde ergänzt durch die Abbürdung der Zinslast, die im Jahre 1930/31 auf rund eine Milliarde geschätzt, bei sinkenden Gesamtverkaufserlösen immer schwerer werden mußte. Durch die Maßnahmen der neuen Regierung gelang es, sie etwa zu halbieren. Nun ist man aber auch daran gegangen, die etwa elf Milliarden Mark betragende Kreditverschuldung der Landwirtschaft um- und abzubauen, was zu einer weiteren Milderung des Schuld- und Zinsdruckes führen wird.

Das Jahr 1933 hat die ersten Schritte auf das Ziel hin tun lassen, das deutsche Bauerntum wieder zur eigentlichen Grundlage des deutschen Volkes zu machen. Jetzt geht der Marsch beschleunigt weiter!

Ein Haßdokument der Saar-Regierungskommission

Die Antwort auf die Beschwerde der Deutschen Front.

Auf die Beschwerde der Deutschen Front über die Politik der Regierungskommission des Saargebiets hat diese jetzt in eingehenden Ausführungen geantwortet. In dieser Antwort versucht die Saarregierung ihr Verhalten durch den Hinweis zu rechtfertigen, daß die Zahl der von Nationalsozialisten begangenen „Terrorakte" im letzten Vierteljahr zugenommen habe, und daß der Saarregierung täglich Klagen aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung unterbreitet würden. Es gehe nicht an, die Verantwortung für diese Ausschreitungen sogen. unverantwortlichen Elementen zuzuschieben. Die Antwort drückt dann das außerordentliche Bedauern der Regierungskommission aus, daß die Herren Röchling und Lovacher, die seit 14 Jahren eng mit dem politischen Leben des Saargebietes verbunden seien, die Eingabe der Deutschen Front mit unterzeichnet und ihre Parteien kürzlich nach langem Zögern der NSDAP. unterstellt hätten.

Die Regierungskommission befaßt sich dann mit der Frage der Versammlungsverbote und betont, daß geschlossene Versammlungen grundsätzlich erlaubt seien. Wegen zahlreicher Zwischenfälle jedoch seien nicht nur die geschlossenen nationalsozialistischen, sondern auch die kommunistischen Versammlungen, also für beide „extremen Parteien", verboten worden. Die NSDAP. aber, heißt es in der Antwort weiter, versuche die Verbote zu umgehen, indem sie unter der Bezeichnung „Elternabende" „Heimatabende" usw. Versammlungen veranstalte, in deren Verlauf einflußreiche Mitglieder der Partei das Wort ergriffen hätten, um über politische Ereignisse zu sprechen. Zum Schluß wird betont, daß die Regierung keine Bestimmungen der Notverordnungen zu bereuen oder abzuschwächen brauche, zu deren Erlaß sie vor einigen Wochen gezwungen worden sei. Schließlich wird in der Denkschrift noch festgestellt, daß sie die Zustimmung sämtlicher Mitglieder der Saarkommission gefunden habe; nur das saarländische Mitglied habe seinen abweichenden Standpunkt beibehalten.

*

Dieser Bericht der Regierungskommission an den Völkerbundsrat ist getragen von ausgesprochenem Haß gegen die nationalsozialistische Bewegung, was nicht zu verwundern ist, wenn man weiß, daß der in der Regierungskommission beschäftigte, in Deutschland seit einiger Zeit strafrechtlich verfolgte frühere Oberregierungsrat Ritzler an der Abfassung des Berichts maßgeblich beteiligt ist. Das allein kennzeichnet die Tendenz und auch die Dokumente, auf die sich die Denkschrift stützt. Die Unterlagen, einseitig zusammengestellt, sind kürzlich von einem anderen ebenfalls von der Regierungskommission angestellten Emigranten namens Lehnert in seiner Eigenschaft als Polizeikommissar in Neunkirchen sichergestellt worden. Obwohl diese Dokumente erst jetzt bekannt geworden sind, versucht die Regierungskommission, mit ihnen nachträglich ihre seinerzeitigen Verordnungen zu rechtfertigen. Unverhohlen geht aus jedem Wort der Denkschrift die Verärgerung darüber hervor, daß das bewußte Deutschtum an der Saar sich gemäß der Neuordnung der Dinge in Deutschland ohne Unterschied der Partei mit dem Nationalsozialismus in der Deutschen Front zusammengefunden hat. Der Versuch der Denkschrift, trotz dieser Einigung die Führer der früheren Parteien gegen den Nationalsozialismus auszuspielen, zeigt am besten, wie wenig Sinn die Regierungskommission für die geistige und vaterländische Einigung im Reiche und an der Saar aufbringt. Allein der Umstand, daß die Regierungskommission bei ihren Maßregeln Nationalsozialismus und Kommunismus als „extreme Parteien" einander gleichstellt, genügt als Zeugnis für die subjektive Einstellung der Regierungskommission. Sie glaubt, die Förderung der Beziehungen des Saardeutschtums zu dem Reich als gesetzwidrige Machenschaften einer politischen Partei brandmarken zu können, die sich auf ihre „auswärtigen Beziehungen" beruft. Auch das ist ein Zeichen für die mangelnde Objektivität der Saarregierung, denn laut Saarstatut ist die Saarregierung als Treuhänder einer Bevölkerung eingesetzt, die auch heute nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat.

Das deutsche Volk an der Saar wird trotz dieser Provozierung durch eine ihm aufgedrungene landfremde Regierungskommission sich in seiner besonnenen Haltung nicht irre machen lassen.

„Das Saargebiet deutsches Land."

Eine französische Stimme der Vernunft.

Während die „große" französische Presse sich von interessierten Franzosen, mehr noch von Emigranten, zu einem Feldzug gegen die Rückgabe des Saargebietes bestimmen läßt,

mehren sich täglich die Stimmen vernünftiger Franzosen,

die sich der Gefahr dieses Treibens wohl bewußt sind. Es handelt sich dabei keineswegs um Pazifisten oder um elsässische Autonomisten, sondern um 100prozentige Franzosen und Frontkämpfer. Ein Leitartikel der Wochenzeitschrift „Le Cri de Lyon" behandelt mit bemerkenswerter Offenheit die wirkliche Lage an der Saar. Wir müssen es diesem ehrlichen Franzosen hoch anrechnen, wenn er z. B. wörtlich sagt:

Das Saargebiet ist unbestreitbar deutsches Land;

seine Bewohner sind immer noch Deutsche; nachdem unsere Literatur uns seit Jahrzehnten die Treue der Elsässer für Frankreich gerühmt hat, müssen wir vor der Vaterlandsliebe der Saarländer die gleiche Achtung haben. Fünfzehn Jahre Fremdherrschaft haben diese Liebe nur immer stärker gemacht. Vielleicht wird man uns darum für schlechte Franzosen halten, aber wir können nicht eine Sache fördern, die ein großer Fehler zu werden droht. Wir alten Frontkämpfer dürfen wohl noch den Mund aufmachen, damit hier nicht ein unübersteigbares Hindernis für die deutsch-französische Verständigung aufgerichtet wird, das nur dem englischen Geschäftspatriotismus dient."

Politische Brunnenvergifter am Werk.

Märchen über Deutschland und die Kleine Entente.

Die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter" veröffentlichte kürzlich einen Artikel des geschäftstüchtigen amerikanischen Journalisten Hubert Knickerbocker, in dem davon die Rede ist, daß Deutschland „sich verschiedenen Mitgliedern der Kleinen Entente, und zwar jedem für sich, mit verlockenden Angeboten genähert habe, damit sie zum deutschen Block übergehen möchten". Hubert Knickerbocker bemerkt in dem betreffenden Aufsatz weiterhin, daß die Wiener Presse Mitteilungen veröffentlicht habe, „denen zufolge Hitler **Südslawien das österreichische Kärnten angeboten hätte für den Fall, daß Südslawien bereit sei, die Forderung auf Vereinigung der beiden deutschen Staaten, also den Anschlußgedanken, zu unterstützen".**

Hierzu wird amtlich erklärt, daß die Behauptung, Deutschland habe der Kleinen Entente, und zwar jedem der Mitglieder einzeln, irgendwelche Angebote gemacht, in das Reich der Fabel gehört. Die Behauptung, ein ähnliches Angebot sei Südslawien seitens des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. unterbreitet worden, wurde bereits von diesem in entschiedenster Weise dementiert. Bei den genannten Nachrichten handelt es sich um

typische Fälle politischer Brunnenvergiftung,

die nur darauf abzielt, die augenblicklichen Gegensätze zwischen Deutschland und Österreich zu verschärfen. Man darf gespannt sein, wie lange sich noch die Öffentlichkeit des Auslandes eine derartige Gerüchtemacherei eines der größten Blätter widerspruchslos gefallen läßt.

Keine Beschäftigung mit Reichsreformplänen!

Der Stabsleiter der PO., Dr. Ley, gibt folgendes bekannt: In der letzten Zeit laufen Meldungen ein, daß Parteigenossen, auch in führender Stellung, sich öffentlich in Wort und Schrift mit der zukünftigen Reichsreform beschäftigen. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, hat mich gebeten, mitzuteilen, daß jedem Parteigenossen in Zukunft bei strengster Strafe untersagt ist, sich in Wort und Schrift öffentlich mit Fragen der Reichsreform zu befassen.

Reichstagsbrandstifter van der Lubbe hingerichtet

Leipzig. Die durch das Urteil des Staatssenats des Reichsgerichts vom 23. Dezember 1933 gegen den Maurer Marinus van der Lubbe aus Leyden (Holland) erkannte Todesstrafe ist, da der Herr Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, heute morgen ½8 Uhr in einem Hofe des Landgerichtsgebäudes zu Leipzig mittels Fallbeils vollstreckt worden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF